

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Detlev Samland MdEP
zum Beschluß der Ko-
alitionsfraktionen: Mo-
gelpackung in Sachen
Asyl.

Seite 1

Dr. Klaus Köbler MdB
zum Abschluß des 17.
Franko-Afrikanischen
Gipfels in Libre-
ville/Gabun: Mühsame
Demokratisierungsbe-
mühungen im westli-
chen Afrika.

Seite 2

Hans-Günther Toete-
meyer MdB zu Äuße-
rungen des UNITA-
Chefs, den bewaffneten
Kampf in Angola erneut
aufzunehmen: Drohun-
gen Savimbis vor der
absehbaren Wahlnie-
derlage.

Seite 4

Dokumentation

Der SPD-Politiker
Albrecht Müller hat in
einem Brief an den
ZDF-Chefredakteur
Klaus Bresser dessen
Kommentar zum Tode
von Willy Brandt kriti-
siert: "Willy Wolke" - war
das wirklich so? Wort-
laut

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

47. Jahrgang / 198

14. Oktober 1992

Mogelpackung in Sachen Asyl Zum Beschluß der Koalitionsfraktionen

Von Detlev Samland MdEP
Asyl-Experte der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Es muß endlich Schluß sein mit den Mogelpackungen in Sachen Asyl, die vortäuschen, daß die Zahl der Asylbewerber nur durch Grundgesetzänderungen reduziert werden könnten.

Wir schieben heute von rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern gerade fünf bis sechs Prozent ab. Der Grund: Zum Beispiel fehlende Ausweispapiere. Diese Zahl kann man nicht durch die Grundgesetzänderung erhöhen, sondern nur durch Abkommen mit Staaten wie Bulgarien, Türkei, Nigeria und so weiter - nach dem Vorbild der Vereinbarung mit Rumänien - in denen sich diese Staaten verpflichten, auch ohne gültige Papiere, Menschen zurückzunehmen.

Ich erinnere daran, daß zur Zeit alle sogenannten De-facto-Flüchtlinge auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention hier in Deutschland bleiben können. Deren Zahl ist bald dreimal so groß, wie die Zahl der anerkannten Flüchtlinge auf der Grundlage des Artikels 16. Auch die Genfer Konvention verlangt vor Abschiebung eine individuelle Überprüfung (Artikel 33) des Betroffenen.

Was hilft, ist endlich die Zuwanderer entsprechend ihrer Zuwanderungsgründe zu behandeln. Deshalb muß ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz auf den Tisch, ein Gesetz zum Umgang mit Bürgerkriegs-flüchtlingen und Rücknahmeverträge mit den Hauptauswanderungs-ländern, die in der Regel keine Fluchtländer sind. Wenn Recht wegen unzureichender Verwaltungsverfahren mißbraucht wird, muß man die Verfahren auf Vordermann bringen und nicht das Recht ändern.

Jetzt liegt die ganze Last der Verantwortung bei der SPD, die auf ihrem Parteitag eine praktikable und international verträgliche Lösung der Zuwanderungsprobleme entscheiden muß. Dazu ist auch bei uns noch ein gutes Stück Arbeit notwendig.

(-/14. Oktober 1992/rs/fr)



Mühsame Demokratisierungsbemühungen im westlichen Afrika
Zum Abschluß des 17. Franko-Afrikanischen Gipfels in Libreville/Gabun

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Vor zwei Jahren hatte der französische Staatspräsident Mitterrand auf dem franko-afrikanischen Gipfel in La Baule eine neue französische Afrikapolitik verkündet. Im Zuge der Beendigung des Ost-West-Konfliktes traten Fragen der Demokratie und der Menschenrechte auch in den afrikanischen Staaten in den Vordergrund. Afrikanische Diktaturen waren nach dem Wegfall des ideologischen sowie militärischen und wirtschaftlichen Ost-West-Konfliktes sowohl für den Osten wie für den Westen politisch uninteressant geworden. Während des Ost-West-Konfliktes wurde sehr wenig auf die innenpolitischen Strukturen gesehen und geachtet. Sie erschienen letztlich unwichtig. Wichtig war für die westliche oder östliche Vormacht die außenpolitische und innenpolitische Zuordnung und das Bekenntnis des jeweiligen afrikanischen Landes zur Sowjetunion oder zu den USA.

Um die bisherige Situation voll beurteilen zu können, muß daran erinnert werden, daß die ursprüngliche Kolonialmacht Frankreich (deutlich weniger Großbritannien) auch bei kommunistisch orientierten Regimen wie zum Beispiel in Benin oder im Kongo starken politischen und wirtschaftlichen Einfluß behalten hatte, oftmals stärker als die damalige Supermacht Sowjetunion.

Im Grunde setzte sich Frankreich im April 1990 in La Baule damals auf den Zug der Zeit, um Demokratie und Menschenrechte auch im frankophonen Afrika nachdrücklich zu fordern und weitere Zusammenarbeit davon abhängig zu machen. In allen frankophonen afrikanischen Staaten herrschten diktatorische Staatschefs, es gab im Grunde nur graduelle Unterschiede, alle frankophonen Länder waren Einparteien-Systeme.

La Baule war so zum Startzeichen für Demokratie im frankophonen Afrika geworden. Und La Baule hatte auch gute Erfolge. Demokratieprozesse haben mit prinzipiellem Erfolg in Benin, Mali und Kongo stattgefunden. Mauretanien ist im Demokratieprozeß vorerst steckengeblieben. Dort gibt es erneut eine Einparteien-Herrschaft. Sehr schwierig verlaufen die Demokratieprozesse zum Beispiel in Togo, Burkina Faso oder Cote d'Ivoire, und in einer Reihe von frankophonen afrikanischen Staaten hat ein Demokratieprozeß gerade erst begonnen. Das schnelle Anfangstempo der Demokratieprozesse seit La Baule hat sich inzwischen stark verlangsamt.

Mit der politischen Verknüpfung von Zusammenarbeit mit Demokratisierung hatte sich Frankreich zum Hoffnungsträger der afrikanischen Opposition gemacht.

Deshalb wäre der 17. franko-afrikanische Gipfel Anlaß genug gewesen, Bilanz zu ziehen. Dies stand leider nicht im Mittelpunkt des Treffens. Es ist keine afrikanische Demokratisierungs-Bilanz gezogen worden, insbesondere auch, um stagnierenden Demokratieprozessen wieder neuen Schub und neue Motivation zu geben, was dringend in der Mehrzahl der frankophonen afrikanischen Ländern nach wie vor notwendig gewesen wäre.

Frankreichs Demokratiepoltik in Afrika zeigt zunehmend Schwächen. Verunsicherung gegenüber Frankreich ist durch das nicht immer sehr klare Verhältnis Frankreichs zu den bisherigen Diktatoren und die oftmals zwiespältige Haltung zu der Opposition und den neuen politischen Kräften eingetreten. Auch scheint für Frankreich Wirtschaft wieder wichtiger zu sein als Demokratie. Frankreich hatte

zwar erklärt, die Demokratie müsse eingeführt werden, hatte sich aber dann, wenn es darauf ankam, nicht immer eindeutig auf die Seite der neuen demokratischen Kräfte gestellt. Frankreich befürchtete und befürchtet auch, daß sein Einfluß in neuen souveränen Demokratien schwinden könnte. Dies nicht zu Unrecht.

Der Gipfel von Libreville hat insoweit seine an sich dringend notwendig gewordene Hauptfunktion nicht erfüllt, die weiteren notwendigen Demokratieprozesse in frankophonen afrikanischen Ländern politisch eindeutig und mit allem politischen Nachdruck zu unterstützen.

Trotzdem hat sich Frankreich bemüht zu unterstreichen, daß es sich für eine weitere Unterstützung der Demokratieprozesse auf dem afrikanischen Kontinent ausspricht. Frankreich hat die Länder des "Kontinents" zu Demokratie und wirtschaftlicher Sparpolitik ermuntert und auch die "enge Verbindung zwischen Demokratie und Entwicklung" unterstrichen. Zur Hilfe gehöre - so Frankreichs Ministerpräsident Pierre Bérégovoy - auch finanzielle Unterstützung. Deshalb will sich Paris, weiterhin der bedeutendste Geldgeber des frankophonen Schwarzafrikas, für eine Lockerung der Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank für Finanzhilfen an afrikanische Länder einsetzen.

In der Schlußerklärung des 17. Franko-Afrikanischen Gipfels werden die Industriestaaten auch aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Erleichterung der Schuldenlast der afrikanischen Länder fortzusetzen. Diese Aufforderung ist zu begrüßen und zu unterstützen. Die teilweise hohen Schulden afrikanischer Staaten gefährden den wirtschaftlichen Aufschwung und sind eine direkte Gefahr für die Demokratieprozesse in den afrikanischen Ländern. Nur wenn verschuldete Länder aus den "Schuldenfesseln" befreit werden, haben diese Länder genügend wirtschaftliche und politische Kraft, Demokratieprozesse erfolgreich zu stabilisieren.

In der Abschlusserklärung des 18. Weltwirtschaftsgipfels in München begrüßten die G-7-Staaten, daß den ärmsten Ländern erweiterte Schuldenerleichterungen gewährt wird. Im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortung für die Weltwirtschaft begrüßten die führenden Industrienationen weiterhin Umschuldungsmaßnahmen derjenigen hochverschuldeten ärmeren Länder, die "über mittlere Einkommen verfügen".

Frankreich hat aus der Erklärung der G-7-Staaten für den 17. franko-afrikanischen Gipfel Folgerungen gezogen. Das Ergebnis des 17. Franko-Afrikanischen Gipfels ist, daß der Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun und Kongo durch einen Umschuldungsfonds finanzielle Hilfe zukommen soll. Die Hälfte der Schulden dieser Länder will Frankreich in einen Fonds einfließen lassen, aus dem dann Entwicklungsprojekte in diesen Ländern finanziert werden.

Auch die Bundesrepublik Deutschland sollte prüfen, ob sie in der Frage der Verschuldung afrikanischer Staaten diesen französischen Weg, für zurückzahlende Schulden einen Fonds zu bilden, aus dem Entwicklungsprojekte zu finanzieren sind, gehen sollte.

(-/14. Oktober 1992/rs/ks)

Drohungen Savimbis vor der absehbaren Wahlniederlage
Zu Äußerungen des UNITA-Chefs, den bewaffneten Kampf in Angola erneut aufzunehmen

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB
Stellvertretender entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Jonas Savimbi, Chef der rechtsgerichteten UNITA-Bewegung, versetzt Angola abermals in Angst und Schrecken. Unmißverständlich droht er damit, den bewaffneten Kampf erneut aufzunehmen, falls die angolansische Wahlkommission das amtliche Endergebnis der Wahlen vom 29./30. September verkündet. Grund: Viele Wähler seien eingeschüchtert worden, zudem habe es Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung sowie datenmäßigen Erfassung der Stimmzettel gegeben.

Ungeachtet der Tatsache, daß Vorwürfen von Wahlbetrug, egal von welcher Seite sie auch immer erhoben werden, in jedem Falle nachgegangen werden muß, konnte ich mich als einer von insgesamt 800 internationalen Wahlbeobachtern persönlich vom ordnungsgemäßen Ablauf der angolansischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen überzeugen. Beim augenblicklichen Erkenntnisstand kann ein Wahlbetrug - und hier stimme ich mit allen anderen internationalen Beobachtern überein - ausgeschlossen werden.

Savimbis unverhüllte Kriegsdrohungen kamen zu einem Zeitpunkt, als sich seine bevorstehende Wahlniederlage bereits sehr deutlich abzeichnete. Die letzten mir vorliegende Zahlen vom 6. Oktober, 20 Uhr, hatten folgendes Ergebnis:

Parlamentswahl:

Bei 4.016.000 ausgezählten Stimmen (93,9 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen) entfallen auf die MPLA 55,07 Prozent, auf die UNITA 33,45 Prozent.

Präsidentenwahl:

Bei 3.986.000 ausgezählten Stimmen (93,2 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen) entfallen auf Präsident dos Santos 50,83 Prozent, auf Savimbi 39,39 Prozent.

Die sich abzeichnende Niederlage ist meines Erachtens unter anderem auf die Enthüllungen einiger ehemaliger Vertrauter Savimbis, die ihn massiver Menschenrechtsverletzungen anklagten, zurückzuführen. Sein Nimbus in der angolansischen Bevölkerung hat darunter stark gelitten. Noch vor wenigen Monaten hielten ihn viele für den vorprogrammierten strahlenden Sieger der Wahlen, nun allerdings hat ihm das angolansische Volk die Rechnung präsentiert. Die Bürger Angolas wollten und wollen Frieden. Besonders aus diesem Grund haben sie Savimbi nicht gewählt.

Anstatt das Land mit unverhohlenen Kriegsdrohungen zu verängstigen, sollte sich Savimbi als fairer Verlierer erweisen. Die Zeit des Krieges, der Angola an den Rand des sozialen und wirtschaftlichen Ruins gebracht hat, gehört unwiderruflich der Vergangenheit an. Dies muß Savimbi unmißverständlich klargemacht werden.

Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, die soeben in Angola eingetroffene UN-Sonderdelegation in ihrem Bemühen zu unterstützen, die angespannte Lage zu entschärfen. Ein erneutes Aufblühen des Bürgerkrieges wäre nicht nur für Angola, sondern für den gesamten Entwicklungsprozeß im südlichen Afrika verheerend.

(-/14. Oktober 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Albrecht Müller: "Willy Wolke" - war das wirklich so?

Aus Anlaß eines Kommentars des Chefredakteurs des ZDF, Klaus Bresser, zum Tode von Willy Brandt äußert sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Müller - zu Zeiten von Willy Brandts Kanzlerschaft Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt und zuvor sein Wahlkampfleiter im Wahlkampf 1972 - in einem Brief an den Autor. Der Wortlaut:

12. Oktober 1992

Lieber Klaus,

dem guten Willy Brandt bleibt offenbar nicht erspart, daß auch über seinen Tod hinaus Vorurteile gepflegt und Etiketten verteilt werden, die ihm seit seiner Kanzlerschaft anhaften. Auch in Deinem ansonsten freundschaftlichen Kommentar vom vergangenen Freitag taucht das typische Vorurteilsgewölbe auf: "Willy Wolke", "abgehoben", der Friedens- und Außenpolitik verfallen, innenpolitisch nicht sonderlich erfolgreich, weil desinteressiert, etc. - so heißt es in einschlägigen Bewertungen.

Diese Vorurteile wurden und werden bis auf den heutigen Tag nicht nur von Journalistenkollegen gepflegt; sie waren lange Zeit auch Mittel des innerparteilichen Kampfes gegen Willy Brandt.

Das Etikett von der Abgehobenheit Willy Brandts nährt sich aus der Behauptung, er habe als Bundeskanzler Innenpolitisch wenig bewirkt. Mit der Realität hat diese Behauptung nichts, aber auch gar nichts zu tun. Ich nenne Dir einige Beispiele aus der Dreijahresbilanz der Kanzlerschaft Willy Brandts, die wir vor genau 20 Jahren zu Beginn des Wahlkampfes 1972 veröffentlicht haben:

- Einführung der flexiblen Altersgrenze
- neues Betriebsverfassungsgesetz
- kostenlose Vorsorgeuntersuchung
- 624 DM Vermögensbildungsgesetz
- Dynamisierung der Kriegsoffiziersrenten
- Unfallversicherung für Kindergartenkinder, Schüler und Studenten
- Verbesserung des Mieterschutzes
- Städtebauförderungsgesetz
- langfristiges Wohnungsbauprogramm mit allein 600 000 neuen Wohnungen im Jahre 1972
- Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen und Selbständige
- Krankenversicherung für Landwirte
- Betriebs- und Haushaltshilfen für Landwirte
- Übernahme der Versicherungskosten für Altenteile
- neues BaföG
- Verkürzung des Wehrdienstes
- starkes Engagement des Bundes im Hochschulbau
- Ausbau der Jugendvertretung im Betriebsverfassungsgesetz
- Verdoppelung der Zahl der Entwicklungshelfer
- erstes umfassendes Konzept für den Umweltschutz
- erste konkrete Gesetze wie die Verminderung des Bleigehalts im Benzin und Verbot der Anwendung von DDT
- Initiative für die Gründung des Umweltbundesamtes.

In keiner Dreijahresperiode seit 1961 sind außerdem die Brutto- und Nettoeinkommen der Arbeitnehmer so gestiegen wie in dieser innenpolitisch angeblich so erfolglosen Regierungszeit des Kanzlers Willy Brandt. Und die Arbeitsplätze waren sicher.

Ich bin neugierig, von den Transporteuren der Vorurteile über die innenpolitische Leistung von Willy Brandt zu erfahren, welche Dreijahresperiode anderer Bundeskanzler so erfolgreich war wie die Jahre des angeblich so abgehobenen Bundeskanzlers Brandt.

Das Vorurteil von der Abgehobenheit gründet nicht nur im Nichtwissen und Nicht-wissen-wollen über die wirklichen Leistungen des Innenpolitikers Brandt; dieses Vorurteil gründet vor allem auch darin, daß Willy Brandt immer auch versucht hat, die Gefühle der Menschen anzusprechen, daß er sie zu mehr herausforderte als zu nacktem Egoismus und daß er die Ziele seiner Politik überhöhte. Mit ihm hat die SPD "innere Reformen" verlangt, sie hat versprochen "das moderne Deutschland zu schaffen" und "mehr Demokratie zu wagen". Das waren Forderungen und Ansprüche jenseits des nackten materiellen Interesses.

Ich habe in meiner Arbeit mit und für Willy Brandt - beginnend als Mitglied eines kleinen Wahlkampfstabes für die Wahl 1969, dann als Verantwortlicher für die Öffentlichkeitsarbeit und den Wahlkampf 1972 und ab 1973 als Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bis hin zum Ende sozialdemokratischer Kanzlerschaft - beobachten können und beobachtet, welche Bedeutung gerade die Emotionalisierung und Überhöhung der politischen Ziele und der politischen Arbeit durch Willy Brandt für den Erfolg dieser Arbeit hatten. Ohne Emotion gibt es keinen Schwung und ohne den nötigen Schwung und die Dynamik bringt man in schwierigen Koalitionen und im innenpolitischen Widerstreit der Interessen nichts zuwege. Das hat Willy Brandt offenbar klar erkannt. Insofern war er ein sehr viel bodenständigerer und realistischerer Innenpolitiker als viele andere. Er wußte eben, daß man die Herzen der Menschen bewegen muß, daß man einen emotionalen Druck erzeugen muß, um in der komplizierten innenpolitischen Landschaft der Bundesrepublik überhaupt etwas zu erreichen.

Genau heute vor zwanzig Jahren hat Willy Brandt eine seiner großen und von starker Emotion getragenen Reden gehalten. Es war die Auftaktrede zum Wahlkampf 1972, jene berühmte Rede mit dem Aufruf zu "Compassion", zum "Mut zur Barmherzigkeit". Es lohnt sich für Kommentatoren, diese Rede nachzulesen. Einen Absatz möchte ich zitieren:

"Unsere Gesellschaft hat sich ein neues Selbstbewußtsein erarbeitet; es ist durch Leistung erdient, und wir denken nicht daran, diese Leistung zu verachten. Doch sie kann ihren Sinn nicht in sich selbst finden. Wir vergessen nicht, was ihr eigentlicher Maßstab ist. Der eigentliche Maßstab ist die Sorge für die, denen der Atem ausgeht, für die vielen, deren Leben noch immer Mühsal und Last ist, die wir in der Verkrampfung unserer Energien zu oft erschöpft am Wegrand des Fortschritts zurücklassen. Ich denke hier vor allem auch an unsere Alten, für die wir wieder eine Heimat in unserer Gesellschaft schaffen müssen."

An dieser Passage wird bewußt, was der Politik in den letzten Jahren fehlt. Ein Politiker, der Leistung achtet und zugleich jedoch darauf pocht, jene nicht zu vergessen, "denen der Atem ausgeht", ist nicht nur der bessere Mensch, sondern auch der bessere Politiker. In den letzten Jahren konnten wir ja studieren, daß eine Gesellschaft, deren Philosophie von platten Parolen wie "Leistung muß sich wieder lohnen" oder "Freie Fahrt für freie Bürger" oder "Jeder ist seines Glückes Schmied" geprägt ist, im Egoismus und letztlich in Gewalt endet. Auch so gesehen war Willy Brandt ein viel, viel größerer Realist als die angeblichen Realpolitiker, die neuerdings die deutsche Politik und den Geist in unserer Gesellschaft bestimmen.

Ich weiß, es ist schwierig, von lieb gewordenen Vorurteilen Abstand zu nehmen - zumal diese Vorurteile vom "SPIEGEL" bis zur "WELT", und von der taz bis zum ZDF gepflegt wurden und werden. Vielleicht reflektiert jedoch die eine oder der andere Beobachter die Frage, ob es einen Sinn macht, Vorurteile über einen Menschen und Politiker auch über den Tod hinaus zu hegen und zu pflegen.

Beste Grüße

Albrecht Müller

(-/14. Oktober 1992/rs/ks)
